



+++ „Brauchen noch 150 Millionen“ +++

+++ Laut Maria Elisabeth Rieder und Andreas Leiter Reber reichen die vom Land bereitgestellten Gelder für öffentliche Bedienstete nicht aus. +++

SEITE 6

„Erhöhung dringend nötig“

Die Landtagsabgeordneten **Maria Elisabeth Rieder** und **Andreas Leiter Reber** beanstanden, dass die vom Land bereitgestellten **Gelder für öffentliche Bedienstete** nicht ausreichen. Sie fordern eine Aufstockung des Budgets um 150 Millionen Euro.



Gelder für öffentlich Bedienstete:
„Reichen bei weitem nicht.“

von Christian Frank

Wenn Parteien und Fraktionen sich zusammenschließen, wollen sie ihre Kräfte bündeln und dem Ansinnen Nachdruck verleihen. Nicht anders verhält es sich bei Maria Elisabeth Rieder vom Team K und Andreas Leiter Reber aus der Freien Fraktion des Landtages und wie bei den meisten heiklen Themen geht es auch hier ums Geld.

Wie bereits unzählige Appelle der Gewerkschaften vorweggenommen haben, leiden Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes unter den im Vergleich zu den Gehältern unverhältnismäßig steigenden Lebenshaltungskosten – ein Problem, das sich nicht bloß auf den öffentlichen Dienst beschränkt.

„Wir setzen hier an, weil die Gehälter im öffentlichen Dienst von uns leichter beeinflusst werden können“, erklärt Leiter Reber.

Der parteiübergreifende Tenor ist einstimmig: Das Geld reicht bei weitem nicht.

Gerade erst hat die Landesregierung die bereitgestellten Gelder für die öffentlichen Bediensteten der nächsten drei Jahre festgelegt, doch Leiter Reber und Rieder rechnen vor, warum diese nicht ausreichen.

„Die Zahlen sind alarmierend. Die Lebenshaltungskosten sind in Südtirol zwischen 2008 und 2023 um rund 40 Prozent gestiegen. Allein seit 2015 waren es 25 Prozent. Währenddessen haben sich die Löhne nicht annähernd mitentwickelt“, moniert Leiter Reber unter Bezugnahme auf eine Statistik des ASTAT und folgert: „Die Kaufkraft geht verloren. Alle Südtiroler

mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt bekommen das zu spüren. Für viele sind finanzielle Rücklagen nicht mehr möglich. Wir haben italienische Gehälter und Schweizer Verhältnisse.“

Um das zerrüttete Verhältnis zwischen Gehalt und Lebenshaltungskosten genau zu definieren, veranlasste die Landesregierung im Herbst eine Analyse des Zeitraums 2016 bis 2023. Die Zahlen sind bezeichnend und untermauern die ASTAT-Daten. Besonders in den letzten beiden Jahren kam es zu einer förmlichen Kostenexplosion.

Die Berechnung der Diskrepanz zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten ist komplex und unter Berücksichtigung mehrerer Faktoren vorzunehmen.

So merkt auch Rieder beispielsweise an, dass der Zeitraum zwischen 2010 und 2015 kaum mit-einberechnet werden kann: „Ich habe diesen Zeitabschnitt in meinen Berechnungen weggelassen, da in dieser Zeit die Lohnerhöhungen vom Staat gestoppt und somit unzulässig wurden.“

Doch selbst unter diesen Umständen, so Rieder, offenbart die Analyse der Generaldirektion des Landes „alarmierende Ergebnisse“.

Die Diskrepanz zwischen Kosten und Gehalt ist laut Analysedaten eklatant. Während der durchschnittliche Verdienst eines Landesangestellten einen Indexwert von 117,3 hat, beträgt die Inflation 139,7. Seit dem Erfassungszeit-

raum kam es zu einem exponentiellen Kaufkraftverlust.

Dabei, so kritisiert Leiter Reber, hätte die Analyse ohne das iterative Nachhaken der beiden Landesabgeordneten vermutlich nicht das

Licht der Öffentlichkeit erblickt.

„Es war eine ganz schöne Geheimniskrämerei, und erst nach mehreren Landtagsanfragen wurde damit rausgerückt“, so Leiter Reber.

Tatsächlich, so der Landtagsabgeordnete, wurden die anfangs involvierten Gewerkschaften nur bis Seite vier des insgesamt elfseitigen Analyseberichts eingebunden.

„Man hat bei der Landesdirektion vermutlich bemerkt, wie desperat die Situation ist, und versucht, diese etwas zu kaschieren“, mutmaßt Leiter Reber.

Auf den folgenden Seiten kommen zusätzliche Faktoren hinzu, und die Diskrepanz sinkt. Denn neben den Grundlohnelementen werden allerlei Zusatzleistungen und Benefits als „Grundelemente im weiteren Sinn“ mit-einberechnet. Für die beiden Abgeordneten ein Skandal.

„Es ist unseriös, wenn Essensboni, Benefits, Gehaltsvorrückungen, Leistungslohn und Leistungsprämien als Lohnerhöhungen angerechnet werden“, urteilen Leiter Reber und Rieder. Auch die beteiligten Gewerkschaftsvertreter zeigen sich von diesem Umstand empört.

Um dem Kaufkraftverlust Rechnung zu tragen, müssen die Gehälter

um zwölf Prozent steigen, errechnen die beiden Landtagsabgeordneten anhand der Datenbestände.

„Selbst wenn wir erst ab dem Zeitraum 2016 rechnen, müssen die Gehälter um zwölf Prozent steigen, um die Inflation auszugleichen“, so Rieder.

Der von der Landesregierung präsentierte Dreijahresplan sieht ein 200-Millionen-Euro-Budget für das kommende Jahr vor. Anschließend sollen jeweils 125 Millionen Euro für die Jahre 2026 und 2027 bereitgestellt werden. Leiter Reber und Rieder wollen jedoch mitnichten eine Reduktion des Budgets von 2025 hinnehmen und sehen darin die einzige Möglichkeit, die zwölfprozentige Diskrepanz aus der Welt zu schaffen.

„Damit es zur strukturellen Lohnanpassung kommen kann, müssen die 200 Millionen Euro für alle drei Jahre eingeplant werden“, so Rieder.

In diesem Sinne stellen sie einen Änderungsantrag, um diese Forderung zu veranlassen. Sorge um die Auffindbarkeit der Geldmittel hegt Leiter Reber nicht.

„Die Zahlen sind alarmierend. Die Lebenshaltungskosten sind in Südtirol zwischen 2008 und 2023 um rund 40 Prozent gestiegen.“

Maria Elisabeth Rieder



Maria Elisabeth Rieder



Andreas Leiter Reber

„Wir haben einen rund acht Milliarden Euro schweren Landeshaushalt. Abteilungen wie die Mobilität werden doppelt, wenn nicht gar dreifach so hohe Budgets zugeteilt.“ Die Abgeordneten hoffen auf ein Entgegenkommen der Landesregierung, vor allem, weil ihnen zufolge das Versprechen bereits gegeben wurde.

„Landesrätin Magdalena Amhof und Landeshauptmann Arno Kompatscher haben bereits das Versprechen gegeben, über den Inflationsausgleich hinaus auch Gehaltserhöhungen vorzunehmen. Das wollen wir nun einfordern“, so Rieder. Bei der zweiten Forderung handelt es sich um einen Beschlussantrag, welcher nach mehr Transparenz ruft.

Demnach soll die Entwicklung der Kaufkraft auf Basis der Löhne von 2008 bis 2015 errechnet und allen öffentlich einsehbar gemacht werden. „Schluss mit dieser Geheimniskrämerei, es braucht hier Transparenz und Innenkenntnissetzung“, proklamiert Leiter Reber.